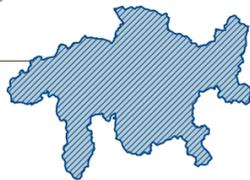


R

REGION



Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/meineGemeinde

Bild: Stadtpolizei Chur

CHUR

Vergessener Blinker führte zu Kollision mit grossem Sachschaden

Auf der Ringstrasse, Höhe Aspermontstrasse, ist es gestern Morgen wegen eines nicht zurückgestellten Blinkers zu einer seitlich-frontalen Kollision zwischen zwei Autos gekommen. Verletzt wurde laut einer Mitteilung der Stadtpolizei Chur niemand. Einer der Autofahrer ist laut Polizei auf der Ringstrasse in Richtung Tittwiesenstrasse gefahren. Im Kreisel setzte er den Richtungsblinker, um das Verlassen des Kreisels zu signalisieren. Kurz vor der Aspermontstrasse fiel ihm gemäss eigenen Aussagen auf, dass der Blinker immer noch eingeschaltet war. Auch ein zweiter Autofahrer, welcher beabsichtigte nach links Richtung Wiesentalstrasse zu fahren, sah den gestellten Blinker und fuhr, in der Annahme, dass der Autolenker in die Aspermontstrasse abbiegen würde, in die Ringstrasse ein. Darauf kam es zur Kollision, bei welcher grosser Sachschaden entstand. (so)

SAVOGNIN

Label-Übergabe mit Gratis-Kino

Die bisherigen Energiestädte Albulatal und Surses fusionieren: Wie es in einer Medienmitteilung heisst, habe Sie erfolgreich das Re-Audit bestanden und treten nun neu gemeinsam als Energiestadt Ela auf. An der Übergabe des Energiestadt-Labels am Donnerstag, 27. Oktober, blicken die fünf Energiestadt-Gemeinden nach vorne: Um 18 Uhr stellt sich die neue «Ela Energiewelt» vor, und Ständerat Stefan Engler schildert, wie es mit der Energiestrategie 2050 in der Schweiz weitergehen wird. Gemäss Mitteilung wird nach einer Pause und einem Apéro auf der Besichtigungsterrasse in der Werkhalle der Uffer AG um 19.30 Uhr Gratis-Kino für alle geboten. Gezeigt wird der Dokumentarfilm «Tomorrow». Der Film zeigt anhand von beispielhaften Projekten und Initiativen Lösungen auf, wie ein ökologischer Kollaps der Erde aufgehalten werden kann. Der Film wurde mit dem César prämiert und erreichte in Frankreich über eine Million Zuschauer. (so)

CHUR

Dies Academicus 2016 der Theologischen Hochschule

Am Montag, 24. Oktober, um 18.15 Uhr findet in der Aula der Theologischen Hochschule Chur der diesjährige Dies Academicus

statt. Wie die Theologische Hochschule in einer Mitteilung schreibt, wird die Festansprache von der im Kloster Ilanz und in Zürich beheimateten Schwester Ingrid Grave gehalten. Die Buchautorin und langjährige Moderatorin der «Sternstunden Religion» im Schweizer Fernsehen spricht zum Thema «Am Anfang war das Wort – 800 Jahre Dominikanerorden». Beim Festakt wird auch der Maturapreis für Religion 2016 verliehen. Die interessierte Öffentlichkeit ist laut Mitteilung herzlich zum Dies Academicus eingeladen. (so)

CHUR

Vortrag über den Lebensraum Quelle

Dort wo Wasser an die Erdoberfläche sprudelt, befindet sich eine Quelle. Sie beherbergt laut einer Medienmitteilung eine einzigartige und oftmals artenreiche Lebensgemeinschaft, die in anderen Gewässern nicht leben kann. Ein Vortrag stellt diesen noch wenig bekannten und erforschten Lebensraum vor und zeigt welche Strategien Kleintiere entwickelt haben um dort zu (über)leben. Der Vortrag findet am Mittwoch, 26. Oktober, um 20.15 Uhr im Kirchgemeindehaus Tittthof in Chur statt. Als Referentin konnte Verena Lubini vom Büro für Gewässerökologie gewonnen werden. Organisiert wird der öffentliche Bildvortrag vom Vogelschutz Chur. Der Eintritt ist frei. (so)

Landeskirchen gegen staatliche Aufsicht

Die Bündner Landeskirchen halten wenig von einer staatlichen Aufsicht über kirchliche Stiftungen. Zuvor hat sich schon das Bistum Chur dagegen gewehrt.

von Gion-Mattias Durband

Im Bistum Chur ist die Aufregung gross. Grund ist eine Interpellation von Doris Fiala; darin wirft die Zürcher FDP-Nationalrätin mit Blick auf Terrorfinanzierung und Geldwäscherei die Frage auf, ob künftig auch kirchliche Stiftungen – wie dies bei den anderen Stiftungen der Fall ist – der staatlichen Stiftungsaufsicht unterstellt werden sollen.

In einem Brief hatte sich Martin Grichting, Generalvikar des Bistums Chur, an alle Partei- und Fraktionspräsidenten im Bundeshaus gewandt und gegen das Ansinnen Fialas Stellung bezogen – das Schreiben ist unter www.suedostschweiz.ch einsehbar. In einem weiteren Brief richtete er sich an Fiala persönlich, wie die «Sonntagszeitung» berichtete. Darin bezeichnete er es laut «Sonntagszeitung» als «persönlich verletzend», dass die Nationalrätin von fehlender Aufsicht spreche, zumal er «wöchentlich rund einen Tag» der bistümlichen Aufsicht über die kirchlichen Stiftungen widme.

Hassprediger im Fokus

«Es geht mir nicht darum, das Fastenopfer zu kontrollieren», macht derweil Nationalrätin Fiala klar. Ihr gehe es vor allem um internationale Geldflüsse, «da müssen wir genauer hinschauen können». Die Motivation hinter dem Vorstoss sei es, Transparenz zu schaffen mit Blick auf die Finanzierung von Moscheen und allfälligen Hasspredigern. Nur sei es aufgrund der Religionsfreiheit natürlich nicht möglich, einzig Institutionen aus dem Islam in den Fokus zu nehmen.

Die heftige Reaktion aus dem Bistum Chur habe sie erstaunt, so die Nationalrätin. Dies nicht zuletzt, zumal der 2013 zurückgetretene Papst Benedikt XVI. selbst die Geldwäscherei in der Vatikanbank angegangen sei und die Glaubensgemeinschaft dazu aufgefordert habe, daran anzuknüpfen. «Übrigens: Wer ein reines Gewissen hat,

geht fröhlich durch den grössten Mist», bemerkt sie mit einem Augenzwinkern.

«Wir würden uns wehren»

Wie stehen die Landeskirchen der Idee einer staatlichen Aufsicht auf ihre Stiftungen gegenüber? Kirchliche Stiftungen seien in der reformierten Landeskirche kein grosses Thema, sagt Kirchenratspräsident Andreas Thöny. Auf kantonaler Ebene gebe es ein knappes Dutzend. Die Bilanzen dieser Stiftungen werden vom evangelischen Grosse Rat gutgeheissen und von der entsprechenden Geschäftsprüfungskommission geprüft. Er könne das Bedürf-

nis nach mehr Transparenz nachvollziehen, wo diese nicht gegeben sei. Bei den Landeskirchen stelle sich diese Frage nicht zuletzt aufgrund des Öffentlichkeitsgesetzes nicht, sagt Thöny, und hält zur Sicherheit fest: Er spreche nur aus Sicht der Landeskirchen, nicht aus jener des Bistums Chur. Die Einführung einer staatlichen Aufsicht wäre ein Eingriff in die verfassungsmässig verbrieften Kompetenzen der Landeskirchen, so Thöny; ein Eingriff, gegen den «wir uns wehren würden.»

«Geht den Staat nichts an»

Wenn auch die Aufsicht über die katholischen Kirchenstiftungen dem Bistum obliegt, hält der Präsident des Corpus catholicum, Urs Gaupp, wenig von Fialas Anliegen. Damit würde die Vertrauensbasis zwischen Staat und Kirche infrage gestellt. Zudem «gehen die kirchlichen Stiftungen den Staat schlicht nichts an – soweit meine Meinung. Ich bin aber kein Jurist.»

Heute trifft sich Generalvikar Martin Grichting mit der «Südostschweiz» zum Gespräch. Das Ergebnis folgt in der Ausgabe von morgen.

«Wer ein reines Gewissen hat, geht fröhlich durch den grössten Mist.»

Doris Fiala

FDP-Nationalrätin und Katholikin



Hassprediger gemeint, vom Bistum Chur gescholten: Nationalrätin Doris Fiala stösst mit der Idee staatlich beaufsichtigter Kirchenstiftungen auf Widerstand. Bild: Gaetan Bally/Keystone

Berner Politik

Ist die Politik in Bern langsam?

Martin Candinas über das Arbeitstempo in Bundesbern



Die Mühlen der nationalen Politik mahlen langsam. In einer Unternehmung müsse man in einem anderen Tempo handeln und entscheiden. Dies ist immer wieder zu hören und nicht falsch. Warum sind die politischen Prozesse so langsam? Dazu ein Beispiel:

Im Februar 2014 wurde die Vorlage zur Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) in die Vernehmlassung gegeben. Ein Jahr später hat der Bundesrat die Botschaft zuhanden des Parlamentes verabschiedet. Zuerst ging die Vorlage in die ständerätliche Verkehrskommission und anschliessend in den Ständerat. Der Ständerat war mit der Arbeit seiner Kommission nicht ganz zufrieden und wies die Vorlage an die Kom-

mission zurück. Im März 2016 stimmte der Ständerat der angepassten Vorlage zu. Anschliessend war die nationalrätliche Kommission an der Reihe. Im Juni 2016 hat der Nationalrat die Vorlage dann erstmals beraten. Dieser belies es nicht bei der Version des Ständerats und nahm zusätzliche Anpassungen vor. Es gab Differenzen zwischen den Räten. Über diese hatte dann der Ständerat in der letzten Session zu befinden. Dieser gab in einigen Punkten nach, blieb in anderen hart. Nach diesem Beschluss ging das Geschäft nochmals in den Nationalrat, der blieb hart, dann wieder in den Ständerat, der gab wiederum ein bisschen nach, und dann nochmals in den Nationalrat, der schliesslich dem Kompromiss des Ständerates zustimmte. Dazwischen kamen zu Randzeiten jeweils noch die Kommissionssitzungen.

Nun kann der Eindruck entstehen, dass dieses System ineffizient ist. Und hier kommt der grosse Unterschied zu einer Unternehmung. Der Unternehmer kann Meinungen einholen oder

umgehend alleine entscheiden. Er hat das Sagen. Die Politik funktioniert anders. Hier geht es um die Organisation unseres Staates, eines friedlichen Zusammenlebens zwischen 26 Kantonen und vier Sprachregionen. Dafür braucht es den Kompromiss, die austarierte Lösung. Dies erreichen wir im Zusammenspiel zwischen National- und Ständerat, mit dem Verhandeln zwischen links und rechts, liberal und konservativ. Nie sind alle mit dem Ergebnis vollkommen zufrieden. Aber eine mittlere Zufriedenheit hilft mehrheitsfähige Lösungen zu finden, die auch vor dem Volk Bestand haben. Dieses System hat sich bewährt, dafür werden wir im Ausland beneidet. Auch wenn unser Politysystem eher langsam ist, so sorgt es für Kontinuität und Stabilität und verhindert Schnellschüsse.

Die beschriebene NAF-Vorlage wird übrigens im Februar 2017 zur Abstimmung kommen. Sie ist für den Kanton Graubünden von zentraler Bedeutung.

* Martin Candinas ist CVP-Nationalrat